

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund warnt vor den wirtschaftlichen Folgen eines Lohnabbaus.

Im Minimum die Teuerung

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) fordert für die Lohnrunde im Herbst mindestens den vollen Teuerungsausgleich. Dort, wo es die Wirtschaftslage zulässt, verlangt er zusätzliche 0,5 bis 1 Prozent. Dies sei angesichts der schwierigen finanziellen Lage vieler Haushalte wichtig. Lohnsteigerungen unter 1,5 Prozent seien zudem konjunkturpolitisch gefährlich, weil sie die Deflationstendenzen verstärken.

„Die Lage ist dramatisch“, fasste Serge Gaillard die wirtschaftliche Lage der Schweiz zusammen. Kein anderes Industrieland habe in den letzten Jahren so viele Fehler gemacht, erklärte er an der gewerkschaftlichen Lohn-Presskonferenz vom letzten Donnerstag. Die Politik der Nationalbank und des Bundesrats habe die Schweizer Wirtschaft an den Rand einer Deflationskrise gebracht. Gaillard verwies auf einen OECD-Bericht, der der gewerkschaftlichen Kritik recht gibt und den hohen Frankenkurs, die rückläufigen Einkommen und die übertriebene Sparpolitik für die Probleme der Schweiz verantwortlich macht.

Das Gespenst der Deflation

Fallende Löhne, eine übertriebene Sparpolitik und eine erneute Aufwertung des Frankens würden die Schweiz vollends in eine Deflationskrise stossen. „Einige Politiker und Wirtschaftsführer scheinen gewillt, in ihrem destruktiven Kurs einen Zacken zuzulegen“, sagte Gaillard. „Die Sparpläne beim Bund, Kürzungen bei den Sozialversicherungen und Lohnkürzungen sind Gift für die Konjunktur. Dessen sollten sich auch die Herren Villiger und Weibel bewusst sein.“ Dringend nötig sei eine rasche und deutliche Senkung der Zinsen und ein Investitionsprogramm der öffentlichen Hand von 3 Mrd. Franken, um die Konjunktur anzukurbeln.

Wenn die Schweiz einmal vollends in eine Deflationskrise gerate, sei ein Entrinnen nicht mehr so einfach, warnte der Ökonom. Eine Deflation, in der Preise und Löhne gleichzeitig fallen, sei die schlimmste Krisenart. Gaillard: „Sowohl Konsum wie auch die Investitionen brechen in einer Deflation gewaltig ein. KonsumentInnen, die noch über Kaufkraft verfügen, werden der fallenden Preise wegen den Kauf grösserer Güter aufschieben. Wer Kaufkraft verloren hat, kann sich diese Güter nicht mehr leisten. Investoren sind zurückhaltend, weil bei fallenden Preisen und erlahmendem Konsum keine Gewinnaussichten mehr locken. Aus einer Deflationsspirale gibt es kein einfaches Entrinnen mehr.“

Kaufkraft erhalten

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der Gewerkschaften nach vollem Teuerungsausgleich zu sehen. „Die Lohnpolitik ist zwar kein Mittel der Konjunkturbelebung“, räumte Gaillard ein. „-aber Fehler in den Lohnverhandlungen können die Wirtschaftslage deutlich verschlechtern.“ Eine weitere Schmälerung der Kaufkraft würde den Konsum weiter dämpfen. Die Gewerkschaften würden deshalb alles daran setzen, Lohnkürzungen zu verhindern. Hinzu komme, dass viele Lohnabhängige nicht mehr wüssten, wie sie die Kaufkraftverluste verkraften sollen. Gaillard: „Einem Familienvater, der zwischen vier- und sechstausend Franken verdient, bleibt schon heute Ende Monat nichts mehr übrig.“ Grund dafür seien vor allem die Einführung der Mehrwertsteuer und die Erhöhungen bei den Sozialabzügen und den Krankenkassenprämien.

Für 1997 fordern die Gewerkschaften deshalb:

- den vollen Teuerungsausgleich (voraussichtlich knapp 1 Prozent, zusätzliche 0,5 bis 1 Prozent, wo es die wirtschaftliche Situation zulässt)
- keine weitere Zunahme der Differenz zwischen tiefen und hohen Einkommen. „Wir werden verhindern, dass mit dem Verweis auf das Schlagwort des ‚Leistungslohns‘ die tiefen Einkommen gesenkt werden und Spitzenmanager und -verdiener sich einen immer grösseren Teil des Reichtums auf schamlose Art aneignen können“, sagte Gaillard.

Pepo Hofstetter

Lohnforderungen nach Branchen

- Im Baugewerbe, wo die Verhandlungen für die gesamte Branche geführt werden, verlangen die Gewerkschaften den vollen Teuerungsausgleich. In der gemeinsamen Plattform der Sozialpartner im Baugewerbe hat der Baumeisterverband dem Postulat, die Kaufkraft der Bauarbeiter zu erhalten, zugestimmt. Über den Teuerungsausgleich wird aber trotzdem noch verhandelt werden .
- In der Chemie, wo die Verhandlungen erstmals nach dem neuen Dreistufenmodell stattfinden, empfiehlt die GBI den Arbeiter- und Betriebskommissionen eine Erhöhung der Lohnsumme um 2 Prozent. Dies sei vor allem angesichts des guten Geschäftsgangs der chemischen Industrie mehr als gerechtfertigt.

- In der Maschinenindustrie verlangt der SMUV in den betrieblichen Lohnverhandlungen mindestens den vollen Teuerungsausgleich, vereinzelt auch Realloohnerhöhungen. Ein Lohnabschluss von 1,5 Prozent verteuere die Produktionskosten um etwa 0,5 Prozent. Verglichen mit den Auswirkungen des harten Frankens sei dies lächerlich.
- Im Öffentlichen Dienst sind die Gewerkschaften vor allem damit beschäftigt, einen Lohnabbau zu verhindern (SBB, Beamte in verschiedenen Kantonen und Gemeinden). Hier haben die Behörden Signale gegeben, die sich auch negativ auf die Verhandlungen in der Privatwirtschaft auswirken werden.

GBI-Zeitung, 27.8.1996.

GBI > Lohnkuerzungen. SGB. GBI-Zeitung, 1996-08-27